



Sachsens Demokratie

Extrem daneben!

Unter dem Titel „Für Sachsen - gegen Extremismus“ lädt Ministerpräsident Tillich heute zur Tagung nach Riesa. Das who's who der sächsischen Staatsregierung gibt sich ein Stelldichein, um sich und der Welt einmal mehr zu beweisen wie engagiert Sachsen im Kampf gegen „Extremismus“ ist. Nach offizieller Begrüßung, Eröffnung und Einleitung durch die Bürgermeisterin von Riesa, dem Innenminister und dem Ministerpräsidenten, wird das sächsische Engagement durch Erfahrungsberichte von verschiedenen Initiativen untermauert. Natürlich dürfen nur jene sprechen die von lokalen Akteur_innen, wie Bürgermeister_innen oder Landrät_innen vorgeschlagen wurden und „im Sinne der Strategie der Staatsregierung Beispiel gebend sind“ - getreu dem von Innenminister Ulbig Anfang des Jahres verkündeten Motto: „Antifaschismus ist nicht die richtige Antwort“ auf Rassismus und Nazigewalt.

Bereits im Titel wird deutlich was dieser Tagung, deren Programm und der gesamten dort präsentierten Strategie der Landesregierung zugrunde liegt - die Extremismuskonzeption. Diese bastelt sich Gesellschaft als Hufeisen zurecht, dessen Enden die extremistischen Ränder darstellen, die die demokratische Mitte mit ihrer freiheitlich demokratischen Grundordnung bedrohen. Diese Sichtweise hat praktische Konsequenzen im politischen Alltag, wo die Rede von „Extremismus“ Links und Rechts über formale Kategorien gleichsetzt, ohne die inhaltlichen Differenzen wahrzunehmen. Linke Gesellschaftskritik und Antifaschismus werden kriminalisiert, Neonazismus und rechte Gewalt verharmlost und in der Mitte der Gesellschaft verankerte Einstellungen der Ungleichwertigkeit ausgeblendet. Die Rede vom „Extremismus“ spricht die demokratische und per se gute Mitte frei von jeder Verantwortung und Verfehlung. Dass das nichts mit der gesellschaftlichen Realität zu tun hat ist dabei egal, solange es mit der Extremismuskonzeption gelingt, Rassismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus oder Nationalismus an irgendeinen extremen Rand zu schieben um sich damit nicht auseinanderzusetzen zu müssen, und nebenbei auch noch das Bestehende als unveränderlichen Status Quo gegen „linksextremistische“ Utopien zu verteidigen.

„hinschauen, mitmachen, vorbeugen, schützen“

Die Strategie der Staatsregierung mit ihren vier Säulen findet sich im Programm auf „hinschauen, mitmachen, vorbeugen, schützen“ heruntergebrochen in den Diskussionsforen wieder - unter Titeln wie „Im Sport - verein(t) für Demokratie“ oder „Extremismus - Reaktion des Rechtsstaates“. Sport als Plattform für Demokratiebekenntnisse ist für die sächsische CDU ein wichtiges Thema, so posierte nicht nur Staatssekretär Michael Wilhelm letztes Jahr beim „Schwimmen für Demokratie und Toleranz“ mit dem stellvertretenden NPD-Kreisvorsitzenden und Kader der Jungen Nationaldemokraten Jens Gatter, der den 4. Platz belegte. Laut ZEIT kommentierte Wilhelms „Dann müssen die Demokraten eben schneller schwimmen“. Hinschauen ist eben das eine - was man dann erkennt, das andere. Das zeigt sich auch bei der Bereitschaft Sachsens an der Aufklärung der Versäumnisse und Verstrickungen der Behörden bei den Ermittlungen zur jahrelangen Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds, der zehn Menschen zum Opfer fielen, mitzuwirken. Dass Sachsen eines der Bundesländer ist, in welchem sich die Neonazis des NSU jahrelang ungestört bewegen konnten, ruft stetes Schweigen hervor. Selbst einen

aktuelle Informationen unter www.sachsens-demokratie.net

Kampagne >Sachsens Demokratie <

Untersuchungsausschuss wollte die CDU mit der interessanten Begründung verhindern die NPD könnte dadurch Informationen bekommen, welche in einem NPD-Verbotsverfahren nützlich wären.

Was die sächsische Staatsregierung unter der Säule „vorbeugen“ versteht, ist tatsächlich eine spannende Frage. Die gesellschaftliche Situation, welche in Sachsen in einigen Regionen mittlerweile wieder Zustände wie in den 1990ern annimmt, scheint die Politik nicht vorbeugen zu wollen, beziehungsweise ist es dafür schlicht zu spät. Jahrelange Kürzungen im Sozial- und Jugendbereich, der Rückzug etablierter Parteien aus dem ländlichen Raum, nicht vorhandene Demokratietarbeit, kaum rechtsstaatliches Eingreifen gegen Nazigewalt - die Liste ließe sich beliebig fortführen - schaffen ein gesellschaftliches Klima, welches zu Abgrenzung und Ausgrenzung von allen, die nicht ins normative Bild der vermeintlichen deutschen Leitkultur passen. Hinzu kommt die Verweigerung von Unterstützung linker oder alternativer Projekte bis hin zum kampagnenartigen Vorgehen gegen engagierte Jugendliche wie zuletzt in Limbach-Oberfrohna. Die einzigen, die sich im Freistaat gegen rassistische, sozialchauvinistische und nationalistische Tendenzen engagieren, werden vom selben als sogenannte Linksextreme kriminalisiert und diffamiert. Vorgebeugt werden muss offensichtlich gegen linke Politik. Das passt auch eher ins rechtskonservative Ideologiekonglomerat aus Politikwissenschaftler_innen, Politiker_innen und Jurist_innen, welche mittlerweile mit breiter Zustimmung der Bevölkerung die Extremismusideologie als Staatsdoktrin etabliert haben, was nichts weiter ist als eine offensive Kampfansage gegen jedwede Gestaltung von Gesellschaft, die nicht ins Bild rechtskonservativer Politiker_innen passt.

Was in Sachsen unter der Säule „schützen“ zu verstehen ist, zeigt die dauerhaft hohe Anzahl von Nazi-Übergriffen in der vergangenen Zeit. Im Spiegel (24/2012) wird am Beispiel des Anschlags von Nazigewalttäter_innen vor vier Jahren in Colditz gezeigt, dass die Polizei manchmal auch einfach gar nichts tut. Vor und während des Anschlags ist dokumentiert, wie Anwohner_innen versuchten, die Polizei zum Eingreifen zu bewegen - ohne Erfolg. In ähnlicher Art und Weise ging ein Angriff von etwa 200 Nazis am 19. Februar 2011 auf das linke Wohnprojekt „Praxis“ vorstatten. Als diese minutenlang das Haus mit Steinen, Stöcken und Flaschen angriffen, begnügte sich die Polizei damit, aus sicherer Entfernung den Verkehr zu regeln, während nur wenige hundert Meter entfernt voll ausgerüstete Einheiten verhinderten, dass Gegendemonstrant_innen dem Projekt zu Hilfe eilen konnten.

Die Säule „schützen“ ist in diesem Konzept auch eigentlich an den Begriff der Repression geknüpft, welcher hingegen die sächsische Strategie am treffendsten umschreibt. So werden Antifaschist_innen seit nunmehr über zwei Jahren wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ (§129 StGB) verfolgt, was den Behörden nahezu grenzenlose Ermittlungsbefugnisse von Observationen bis vollständiger Telekommunikationsüberwachung an die Hand gibt, ohne bisher auch nur Indizien über das Bestehen einer solchen Vereinigung vorweisen zu können. Flankiert werden die Ermittlungen von abstrusen Aussagen, wie der des Sprechers der Dresdner Staatsanwaltschaft, der Antifas mit der italienischen Mafia vergleicht. Gleichzeitig wurde in der Vergangenheit auch gegen Nazistrukturen wenn überhaupt nur ordnungspolitisch und ohne inhaltliche Auseinandersetzung vorgegangen. Dies macht sich nun bezahlt, wenn beispielsweise gegen antifaschistische Wohn- und Kulturprojekte in Dresden mit den gleichen baurechtlichen Mitteln vorgegangen werden kann, die jahrelang im „Kampf gegen Rechtsextremismus“ erprobt wurden.

Schließlich können wir uns dem sächsischen SPD-Vorsitzenden Martin Dulig anschließen, der seine Absage für die Konferenz unter anderem damit begründete, dass Sachsen kein abstraktes Extremismus-Problem habe, „sondern handfeste Probleme mit rechtsradikalen Einstellungen“.

Die hiesige CDU ist dabei jedoch eher Teil des Problems und nicht Teil der Lösung und diese Antiextremismus-Konferenz ist die direkte Fortsetzung einer Politik, die den rechten Terror in Sachsen seit Jahren konsequent verharmlost.